

KOMMUNALE DASEINSVORSORGE

Wahlperiode 2021-2026

Kommunalwirtschaft in Baden-Württemberg



205
Mitgliedsunternehmen
im VKU



33.100
Beschäftigte



1.400
Auszubildende



1,6 Mrd. EUR
Investitionen
im Jahr 2018



13,8 Mrd. EUR
Umsatzerlöse

Die Kommunalwirtschaft – das sind lokal und regional verwurzelte Unternehmen in kommunaler Hand: Stadtwerke, Netzbetreiber, kleine Gemeindewerke, Wasser- und Abwasserzweckverbände, Abfallwirtschaftsbetriebe sowie interkommunale Breitbandgesellschaften. Sie alle haben eines gemein: Sie kümmern sich um die Daseinsvorsorge.

Der VKU bündelt die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen und beteiligt sich aktiv an der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung. Kommunale

Unternehmen verfolgen primär keine privatwirtschaftlichen Zwecke, sondern sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie dienen in unserem demokratischen System auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung dem Citizen Value, den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft. In einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung gewährleisten sie im Interesse der Bürger*innen eine Dienstleistungsstruktur, die Marktkonzentrationen entgegenwirkt und sind integraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft.

› WASSER / ABWASSER: NACHHALTIGKEIT DER INFRASTRUKTUREN

Der Klimawandel und die mit ihm einhergehenden Veränderungen wie Dürresommer, Rückgang der Niederschlagsmengen sowie zugleich zunehmende Starkregeneignisse stellen die kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft vor komplexe Herausforderungen.

Neben diesen Herausforderungen für die kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft gibt es weitere: Sinkende Grundwasserpegel und ein gleichzeitig steigender Bewässerungsbedarf der Landwirtschaft verschärfen bestehende Zielkonflikte. Gleiches gilt bei der immer noch zu hohen Nitratbelastung im Grundwasser. Wer es mit dem Klima- und Umweltschutz ernst meint, muss sich bei Nutzungskonkurrenzen klar zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung und kommunalen Wasserwirtschaft bekennen. Dies beinhaltet nicht zuletzt eine konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips: Wer bspw. durch Produktion und Geschäftsmodelle für Medikamenten- und Nitrateinträge ins Wasser verantwortlich ist, muss sich an den Kosten der Wiederaufbereitung und des Gewässerschutzes beteiligen. Die Kosten dürfen nicht einseitig der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Die Wasser- und Abwasserinfrastruktur hat einen langen Planungs- und Investitionshorizont. Viele Infrastrukturen benötigen jetzt eine Modernisierung, wobei Digitalisierung und sogar KI zielführende Instrumente bei Klimawandelanpassungsmaßnahmen sein können. Dafür braucht es Förderprogramme mit einem ausreichenden Fördervolumen. Diese Programme müssen insbesondere Infrastrukturgutachten als Grundlage strategischer und operativer Entscheidungen, die Modernisierung und Erweiterung der Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur sowie die Schaffung von Notverbänden und Redundanzen finanziell unterstützen. Zudem muss die Wasserwirtschaftsverwaltung in Baden-Württemberg personell gestärkt werden.



Ohne eine entsprechend personell und finanziell schlagkräftig aufgestellte Wasserwirtschaftsverwaltung lassen sich die Antrags-, Förder- und Klimaanpassungsprozesse nicht effizient abbilden. Schon heute vergehen teilweise Monate, bis behördliche Entscheidungen ergehen. Dies hemmt unternehmerische Tätigkeiten enorm.

Die Herausforderungen für die kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft sind komplex und nicht mit einer einseitigen Erhöhung der Wasserkosten und Abwasserabgabe zu bewältigen.





› DIGITALE INFRASTRUKTUR: MEHR GLASFASER FÜR KOMMUNEN BRAUCHT RICHTIGEN RAHMEN

Kommunale Unternehmen können beim Glasfaserausbau Synergien mit anderen Infrastrukturen heben und sind somit die prädestinierten Akteure. Fördergelder sind weiterhin notwendig, gleichzeitig darf es keinen Wettbewerb mit dem Netz, sondern nur auf dem Netz geben.

Die Datenbedarfe der Digitalisierung steigen weiter, die Corona-Pandemie hat dieser Entwicklung einen weiteren Schub gegeben. Wir benötigen einen deutlichen Ausbau der Glasfaserleitungen direkt in die Gebäude. In Baden-Württemberg sind derzeit lediglich rund vier Prozent der Haushalte mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet, bei Gewerbebetrieben sind es sogar nur etwas mehr als drei Prozent. Da in den kommenden Jahren öffentliche Mittel knapper werden dürften, muss eine Konzentration der Mittel stattfinden, wobei dem Glasfaserausbau hohe Priorität einzuräumen ist. Wir setzen auf einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang zu Glasfasernetzen, um volkswirtschaftlich schädlichen Überbau zu

verhindern. Bei Bauarbeiten an anderen Netzinfrastrukturen verlegen VKU-Mitgliedsunternehmen meistens entsprechende Leerrohre mit, die später oder sofort für den eigenen oder fremden Glasfaser-Rollout genutzt werden können, ohne dass die Gräben kostspielig neu geöffnet werden müssen. Längere Amortisierungszeiträume kommunaler Unternehmen (im Vergleich zu börsennotierten TK-Unternehmen) ermöglichen zusätzlich einen viel flächendeckenderen Ausbau. Besonders wichtig anzumerken ist, dass bei dem Rollout von kommunalen Breitbandnetzen kommunale Unternehmen in 92 Prozent der Fälle auf die nachhaltige und zukunftssichere Glasfaser bis mindestens in die Wohnräume des Endnutzers setzen.

Durch eine nachfrageorientierte Förderung („Voucher“) wird die Anschlussquote in Ausbaugebieten deutlich erhöht. Damit können die überwiegend in FTTB/H-Standard gebauten kommunalen Glasfasernetze optimal und wirtschaftlich genutzt werden.



7.000 km
Glasfaserleitungen



62 Mio. EUR
Investitionen (2018)

› ENERGIEWENDE FÜR DEN KLIMASCHUTZ

› AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Energiewende wird durch das Engagement der kommunalen Unternehmen forciert. Der Gesetzgeber muss die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren vereinfachen, um deren Beitrag zur Strom- wie Wärmeerzeugung zu erhöhen.

Der Anteil der Erneuerbaren ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, aufgrund des Kohleausstiegs besteht jedoch weiterer Handlungsbedarf. Für den Ausbau der Erneuerbaren sind kommunale Lösungen vielversprechend. Kommunale Unternehmen verstehen sich als Dienstleister vor Ort, sichern lokale Wertschöpfung und stärken die Akzeptanz. Für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren bedarf es allerdings verbesserter Rahmenbedingungen, denn oftmals stehen umweltschutzrechtliche Aspekte dem Ausbau der Wasser-, Wind- oder Solarenergie entgegen.

› UMBAU DER ÜBERTRAGUNGS- UND VERTEILNETZE

Die Energiewende findet in den kommunalen Verteilnetzen statt. Der Gesetzgeber muss den Verteilnetzbetreibern die hierfür erforderlichen Steuerungsbefugnisse zugestehen, damit Verteilung und Erzeugung angemessen gesteuert werden können.

Unser Energiesystem muss sich von einer historischen Struktur mit relativ wenigen Großkraftwerken zu einem dezentralen System mit bereits heute rund 2 Millionen Anlagen vor Ort wandeln,

wofür das Verteilnetz eigentlich gar nicht gebaut wurde. Die Gegebenheiten in den jeweiligen Ortsverteilnetzen, welche die Erneuerbaren integrieren, sind sehr heterogen. Im dezentralen Energiesystem müssen alle Netzbetreiber eng zusammenarbeiten und flexibel auf die aktuelle lokale Situation reagieren.

› UMSETZUNG DER WÄRMEWENDE

Der Ausbau von Wärmenetzen und Nachverdichtungen von grüingasfähigen Gasnetzen sind kommunale Erfolgsfaktoren der Wärmewende. Der Gesetzgeber muss den Ausbau leitungsgebundener Infrastrukturen unterstützen, um kommunale Investitionen anzureizen.

Der Wärmesektor verursacht knapp 40 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen, die sich in den vergangenen Jahren im Gegensatz zum Stromsektor kaum reduziert haben. Kommunale Unternehmen können hier enorme Potentiale heben, indem beispielsweise Gebiete mit hohem Ölheizungsbestand durch leitungsgebundene Wärmeinfrastrukturen erschlossen werden. Die Ideallösung sind Wärmenetze, welche durch erneuerbare Wärme, z. B. aus Biomasse oder Solarenergie sowie durch unvermeidbare Abwärme gespeist werden. Doch auch die Nachverdichtung von Gasnetzen ist wichtig, weil die Verbrennung von Gas gegenüber Heizöl geringere Emissionen hat und perspektivisch auch grünes Gas eingesetzt werden kann. So wird die Grundlage zur Sektorenkopplung geschaffen: der physikalischen Verknüpfung der Bereiche Strom, Wärme und Verkehr.





Stromversorgung

2,8 Mio.
Anschlusspunkte

68.000 km
Leitungen

275 Mio. EUR
Investitionen

6,5 Mrd. EUR
Umsatzerlöse

10.000
Beschäftigte



Gasversorgung

1,4 Mio.
Anschlusspunkte

34.000 km
Leitungen

129 Mio. EUR
Investitionen

3,8 Mrd. EUR
Umsatzerlöse

3.100
Beschäftigte



Wärmeversorgung

62.000
Haushalte

2.700 km
Leitungen

159 Mio. EUR
Investitionen

600 Mio. EUR
Umsatzerlöse

1.900
Beschäftigte

› MOBILITÄT: TECHNOLOGIEOFFENE UND DATENBASIERTE GESCHÄFTSMODELLE

Die Mobilitätswende ist ein zentraler Baustein des Klimaschutzes und der CO₂-Reduktion. Technologieoffenheit ist entscheidend für den Erfolg. Neue Mobilitätsformen benötigen die Förderung einer dezentralen Wasserstoffherzeugung und -distribution.

Kommunale Unternehmen treiben die Mobilitätswende konsequent voran. Immer mehr Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, eigene Car-Sharing-Angebote und Mobilitäts-Hubs unterstreichen dies. Etwa 55 Prozent der bei der Bundesnetzagentur gemeldeten Ladepunkte werden von kommunalen Akteuren betrieben. Die Stadtwerke in Baden-Württemberg werden dieses Engagement weiter fortsetzen. Damit der Aufbau der Ladeinfrastruktur in den kommenden Jahren im notwendigen Umfang stattfinden kann, ist angesichts der auf absehbare Zeit immer noch schwierigen wirtschaftlichen Prognosen eine anhaltende bzw. steigende Förderung der Ladesäuleninfrastruktur notwendig. Die zunehmende Verknüpfung verschiedener Angebote wie ÖPNV, Leihfahrräder und Car-sharing an Mobilitäts-Hubs verdeutlicht die Notwendigkeit technologieoffener Lösungsansätze. Dies gilt auch bei den Antriebstechnologien. Es gilt, die dezentrale Erzeugung für die Deckung regionaler und lokaler Bedarfe zu fördern, um Wasserstoffmobilität landesweit verfügbar zu machen.

Um die Mobilitätswende derart breitgefächert in Stadt und Land weiter vorantreiben zu können, benötigen Kommunen und kommunale Unternehmen Planungssicherheit sowie ambitionierte Förderprogramme. Experimentierklauseln erlauben es, neue Geschäftsmodelle in der Kommune schnell und ohne große Hürden zu testen sowie zu skalieren. Entsprechend ausgestattete Förderprogramme schaffen Planungs- und Investitionssicherheit für alle Beteiligten.



› ABFALLWIRTSCHAFT: BÜRGERFREUNDLICHE WERTSTOFFWIRTSCHAFT AUSBAUEN

Die hochwertige Erfassung und Verwertung von Abfällen gewinnt gerade im Interesse des Klimaschutzes eine immer größere Bedeutung. Die Kommunen benötigen zur Erfüllung ihres gesetzlichen Entsorgungsauftrags verlässliche Rahmenbedingungen und klare Befugnisse, insbesondere auch gegenüber den dualen Systemen der Verpackungsentsorgung.

Die sortenreine Erfassung von Wertstoffen ist die Basis für ein hochwertiges Recycling. Mit der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind die kommunalen Getrenntsammlungspflichten nochmals erweitert und insbesondere auf Alttextilien ausgeweitet worden. Für das Vorhalten bürgerfreundlicher Entsorgungsangebote benötigen die Kommunen verlässliche Rahmenbedingungen und klare Kompetenzen. Sowohl das Kommunalabgaben- als auch das Gemeindefinanzierungsrecht muss dabei den immer differenzierteren kommunalen Serviceleistungen Rechnung tragen und darf diese nicht behindern. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sollten die Kommunen auch bestimmen können, wie Verpackungsabfälle eingesammelt werden und ob eine integrierte Wertstoffsammlung für sämtliche Kunststoffabfälle eingeführt wird. Für alle Leistungen, die die Kommunen bei der Verpackungsentsorgung erbringen, ist zudem eine kostendeckende Finanzierung durch die dualen Systeme im Sinne der Produktverantwortung sicherzustellen. Dies muss auch den Reinigungsaufwand für gelitterte Verpackungen einschließen.



Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
Landesgruppe Baden-Württemberg
Königstraße 4, 70173 Stuttgart
Fon: 0711 – 22 93 17-70
lg-bw@vku.de

Gestaltung und Produktion
VKU Verlag GmbH, Berlin/München

Bildnachweise
stock.adobe.com/Matthias Buehner (Titel),
Jochen Schuster (S. 2),
stock.adobe.com/Jörg Lantelme (S. 3),
stock.adobe.com/rcfotostock; focus finder (S. 4),
stock.adobe.com/Patrick Daxenbichler (S. 5),
istock.com/kzenon (S. 6)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt deutschlandweit rund 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 275.000 Beschäftigten wurden 2018 Umsatzerlöse von rund 119 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 12 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen große Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Erdgas 67 Prozent, Trinkwasser 90 Prozent, Wärme 74 Prozent, Abwasser 44 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Breitbandausbau. 190 Unternehmen investieren pro Jahr über 450 Mio. Euro. Sie steigern jährlich ihre Investitionen um rund 30 Prozent. Beim Breitbandausbau setzen 93 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude.

› Weitere Informationen sind unter www.vku.de/bw abrufbar.